

den Kongreß nicht mit Fragen zu befassen, die Interessen fremder Mächte betreffen. Von den muselmanischen Mächten haben sich die Türkei und Albanien gegen den Kongreß ausgesprochen, ebenso waren die anderen islamischen Länder bis auf Jemen nicht offiziell vertreten. Da die Kalifatsfrage ausgeschaltet wurde, war die Tagesordnung: 1. Schutz der heiligen Stätten des Islam in Palästina; 2. die moslemische Universität in Jerusalem; 3. Die Hedjazbahn; 4. Förderung der islamischen Kultur; 5. Bekämpfung des Unglaubens im Islam.

Am 6. Dezember fand ein Gottesdienst in der Omar-Moschee statt. Der am 7. Dezember eröffnete Kongreß zählte 150 Teilnehmer, davon 80 aus Palästina und Transjordanien. Es wurde beschlossen, eine Moslem-Universität in Jerusalem zu gründen, ferner Vereinigungen moslemischer junger Männer in allen Ländern. Die Rückgabe der Hedjazbahn an die Moslems wurde verlangt, eventuell soll an den Völkerbund appelliert und ein Boykott gegen europäische Waren verhängt werden. Zum Schlusse wurde eine Resolution gegen den Zionismus und für den Boykott der Waren der jüdischen Industrie in den moslemischen Ländern angenommen.

Nach der Konferenz soll es zu verschiedenen Streitigkeiten gekommen sein, auch wird von einer Spannung zwischen dem Mufti und Schaukat Ali berichtet.

Auf dem zweiten Kongreßtag wurden gefälschte Photographien über „die Bewaffnung der Juden durch die Engländer“ gezeigt. Die Regierung hat eine Untersuchung über deren Herkunft veranstaltet.

Die von Nashashibi geführte moslemische Opposition gegen den Mufti in Palästina nahm an dem Kongreß nicht teil, sondern veranstaltete eine Konferenz, in der die Absetzung des Mufti, Schutz der Araber vor der zionistischen Gefahr u. a. gefordert wurden.

Verschiedene Nachrichten. Bei einem Presseempfang kündigte der neue Oberkommissär die Schaffung eines amtlichen Pressebüros an.

Der Balfour-Tag (2. November) verlief heuer ohne arabische Demonstrationen.

Vier jüdische Arbeitslose, die am 4. November in Chedera demonstriert hatten, wurden zu je sieben Tagen Arrest verurteilt.

Von der Amnestie wegen illegaler Einwanderung haben bisher zirka 1400 Juden Gebrauch gemacht. Die Anmeldefrist ist bis zum 15. Dezember verlängert worden.

Am 14. November revoltierten die kommunistischen Gefangenen im Gefängnis in Jerusalem. Hierbei wurden 12 Gefangene und 13 Wächter verletzt.

Wegen Verdachtes des Mordes an den Zionisten Stahl und Fräulein Sohar wurden fünf Beduinen festgenommen, nachdem freiwillige jüdische Recherchenten die Umstände des Falles aufgeklärt hatten und von jüdischer Seite Prämien ausgesetzt worden waren.

Die Gerichte in Jaffa und Haifa verurteilten eine Anzahl von Revisionisten wegen Demonstrationen gegen die Volkszählung zu Geldstrafen.